

Wirtschaftsnot und Reichshilfe.

Die Unmöglichkeit allgemeiner Steuererhöhung.

(Drahtmeldung aus der Berliner Schriftleitung.)
 Berlin, 22. Juli. Die fürchterlichen Schwierigkeiten, denen die deutsche Wirtschaft ausgesetzt ist, nehmen von Tag zu Tag. Es hat sich eine Lage ergeben, in der viele nicht mehr aus noch ein wissen. Das erklärt auch, warum sich über die Reichsfinanzverwaltung eine Flut von Eingaben, namentlich aus Steuerzahlungen, ergossen hat. Das ein Staatsoberhaupt Steuererhöhungen nicht entbehren kann, liegt auf der Hand. Man hält es daher in der Regierung nahe liegenden Kreisen für angebracht, einmal auf die Lage der Reichsregierung hinzuweisen. Die Regierung habe, so wird erklärt, alles getan, um die Vernichtung der Existenz durch die Steuern zu verhindern. Sie könne aber eine allgemeine Steuererhöhung auf keinen Fall einfließen. Auch die Wünsche nach einer Erhöhung der Umsatzsteuer müßten erfolglos bleiben. Man sei wiederholt auf den harten Vorklang von öffentlichen Geldern hingewiesen worden. Es sei allerdings Tatsache, daß die Reichsbank teilweise solche starke Bestände aufweise; nur stellen diese Beträge kurzfristige, auf Rentenmarktausch getriebene Gelder dar. Die schwere Wirtschaftskrise habe eben dazu geführt, daß Hunderte von Personen Rentenmarktausch plötzlich verkauft haben, und zwar Wechsel, die auf zehn bis vierzehn Tage laufen. Wenn man darauf hinweist, daß ja bis jetzt das Reich noch immer durch alle finanziellen Schwierigkeiten hindurchgekommen sei, so ist dies dem Umstand zu verdanken, daß es in den letzten Monaten über einmalige, nicht wiederkehrende Einnahmen verfügte, und zwar aus den Rentenmarkkreditgewinnen, Gewinnen bei der Prägung der Silbermünzen, einmaligen Steuern aus den Schlachtabgaben auf die Einkommensteuer des Jahres 1922/23, den Abgaben auf Obligationen usw. Dadurch sei man in den Kassen liquide geblieben.

Man könne im Augenblick wohl sagen, daß das Reich noch eine gewisse Zeit die Existenzmöglichkeit habe, werde aber schon im Herbst vor der Lausche stehen alles verbraucht zu haben, was als Vorrat da war, und auf die Einnahmen aus den Steuern angewiesen sein, die nicht ausreichen, die Ausgaben zu decken.

Für diese Zeit nun hatte man auf das Sachverständigenratgutachten gehofft. Von den Möglichkeiten, die für Deutschland in Betracht kämen, seien lediglich zwei übrig geblieben, zunächst einmal, daß unserer Wirtschaft Blut in Form von Krediten zugeführt wird, und dann weiter, daß man in Deutschland wieder zur Bildung von neuem Sparkapital schreiten könne. Dieser zweite Weg erfordere Jahre und Jahrzehnte und könne für die Not des Augenblicks nicht in Frage kommen. Der Not des Augenblicks könnten nur Auslandskredite helfen. Jedenfalls sei die Lage der Reichsregierung die, daß sie auf die Einsicht ihrer Bürger vertrauen müsse, von denen sie erwarte, daß sie mit dem Geiste, mit dem die schweren Opfer der Währungsstabilisierung getragen wurden, auch weiterhin den alles andere als toll anmutenden Forderungen ins Gesicht sehen und Wünsche unterlassen, die man von Regierungseite aus nicht erfüllen könne.

Sehr bezeichnend hierfür ist auch ein Aufsatz der Marx nachstehenden „Germania“, die, an manchen Stellen fast wörtlich, dieselben Gedanken vertritt. Trotz weitgehender Uebereinstimmung drücken wir eine bezeichnende Stelle ab. Unter der Überschrift „Mehr Wirtschaftssinn“ schreibt die „Germania“ unter anderem: In allen Wirtschaftskreisen ruft man in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedrängnis nach der Reichshilfe. Man wird das Gefühl nicht los, daß sich weite Kreise unseres Volkes in geradem verhängnisvollen Illusionen wiegen bezüglich der Lage unserer öffentlichen Finanzen und der Leistungsfähigkeit des Reiches. Das Reich hat sich in den vergangenen Monaten nur mit Hilfe der Rentenmarkkredite und außerordentlicher Einnahmen über Wasser halten können.

Der Haushalts für 1924 zeigt trotz aller Bemühungen einen Defizitbetrag von rund 470 Millionen.

Unsere Situation hat sich im Grunde keineswegs gebessert, und wir müssen und nach wie vor auf die Einschränkung und Sparsamkeit einstellen. Daran ändert grundsätzlich auch die Tatsache nichts, wenn wir jetzt in London zu irgendwelchen Abmachungen kommen. Es darf nicht vergessen werden, daß alle ausländischen Kredite, die wir bekommen, einmal abgezahlt werden müssen, und daß das ausschließlich nur mit deutschem Kapital geschehen kann, das durch die Einschränkung erarbeitet und erspart worden ist.

Die Stilllegungen im Ruhrgebiet.

Berlin, 23. Juli. Während vorgestern im Ruhrgebiet auf 21 Zechen 81000 Mann zum Stillstand gezwungen waren, erhöhte sich gestern nach einer Meldung der „Voss. Zig.“ die Zahl der Zecharbeiter auf 85284. Am schlimmsten machte sich auf den südwestlichen Randgebieten ein Abgang bemerkbar. Die allgemeine Einstellung des Betriebes bei einzelnen Zechen ist nur noch eine Frage der Zeit. Geheuer waren auch Stillsetzungen an der Stilllegung beteiligt.

Arbeitslosigkeit im Siegerländer Erzgebiet.

(Durch Drahtdruck.)
 Siegen, 22. Juli. Die Wirtschaftslage im Siegerländer Erzgebiet ist außerordentlich schlecht. Schon seit Monaten werden nur 85 bis 90 Prozent der Arbeiter beschäftigt. Die Gruben „Stahlwerk“ und „Wilhelmine“ bei Niederflörsbach und die Grube „Henriette“ bei Niederflörsbach mit etwa 800 Arbeitern liegen still, desgleichen eine große Anzahl von kleineren Gruben. Drohende neue Stilllegungen bedingen einen langsamen Abbau bei fast allen Betrieben. Mehr als 24000 Bergleute und mehr als 30 Prozent der Metallarbeiter sehen sich in ihrer Existenz bedroht. Von den beteiligten Handwerken ein Abgang bemerkbar. Die Bergbauverwaltung hat die Einführung der Friedensstrafsätze gefordert. Der Regierungsräsident hat Hilfe zugesagt.

Stilllegung der ober-schlesischen Eisenhütten.

(Durch Drahtdruck.)
 Osnabrück, 22. Juli. Gestern mittag sind sämtliche ober-schlesische Zink- und Eisenhütten stillgelegt worden, da die Verwaltungen entgegen der Regierungsanordnung nur acht Stunden Arbeit leisten. Mit Rücksicht auf die Demonstrationen, die vor den Werken stattfinden, sind harte Polizeikräfte abgestellt worden. Heute finden wiederum in ganz Ostschlesien Besetzungsbewegungen statt, in denen zur Lage Stellung genommen werden soll. (S. 2.)

Entschädigung der deutschen Exporteure für die englischen Reparationsabgaben.

Berlin, 22. Juli. Für die Reparationsabgaben, die von der englischen Regierung in Höhe von 5 Prozent des berechneten Wertes auf Waren erhoben werden und seit dem 20. Februar 1924 in England eingeführt worden sind, wird den deutschen Exporteuren nunmehr auch eine Entschädigung durch Erstattungen gewährt, wie sie bisher als Entschädigung für die 20prozentige englische Reparationsabgabe angesehen wurden. Die entsprechende Verordnung ist im „Deutschen Reichsanzeiger“ Nummer 108 vom 18. Juli 1924 veröffentlicht worden. Das Reichskommissariat für Reparationsleistungen, Abteilung Friedensvertrag, Abrechnungsstelle, wird bemüht sein, die Erstattungen für die bisher nur antageordneten Entschädigungsbeträge mit möglichst beschleunigter Ausgabung. Bei der großen Anzahl der Empfangsberechtigten wird die Zuteilung jedoch einige Zeit beanspruchen.

Degoulle tritt nicht zurück.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
 Genf, 22. Juli. Der „Matin“ hat General Degoulle, der morgen in Paris eintrifft, in London über die Abwanderung gerichtet. Der General erklärt, daß er seinen Grund habe, zurückzutreten, und daß er nach seinem kurzen Urlaub nach Düsseldorf zurückkehren würde.

gute Nachrichten über den getrümmerten Osten, wo manche Handelsverflechtung eingetreten ist — so geht die einländische Butter jetzt aus Galatagraden nach Deutschland, auch über Hamburg nach Dänemark, die Braunschweiger Gemüsekonzervenfabriken haben ihren Aufbau zum Teil in das Dänische Meer (Weichselmündung) verlegt und ihre Ausfuhrfabriken in den Dänischen Freihäfen. Besonders bemerkenswert ist, daß der Danziger Freihafen. Besonders bemerkenswert ist, daß der Danziger Freihafen. Besonders bemerkenswert ist, daß der Danziger Freihafen.

Die starke Nahrungsmittelindustrie treibt die Danziger Landwirtschaft zu äußerster Anstrengung, weil Danzig weiß, daß Polen zur Erzielung politischer Vorteile die Zeeinfuhr durch Kampfzölle zu sperren durchaus fähig ist und seine eigenen Grenzen ja schon oft gesperrt hat. So scheint Polen der Gollath, der aber unterlag. Und auch Polen, das danach strebt, alle Oststaaten gegen uns zu vereinen, hat soeben mit Schmerz erfahren, daß Ostland und Vettland Barisau verlieren, um sich in Romo mit Vltanen gegen Polen zu verbündigen. Das ist auch eine Danziger Frage.

Sturmjahren im bairischen Landtag.

Sozialdemokraten gegen Deutschvölkische.

München, 22. Juli. Am Landtag kam es heute vormittag zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Sozialdemokraten und den Abgeordneten des Völkischen Blocks. Die Veranlassung hierzu gab eine Rede des völkischen Abg. Dr. Hub. Er während der Interpellationsdebatte wegen der Mittel der Volksgüter, indem er sich auf den Sozialdemokraten wandte, den Satz ausbrachte: Die Sozialdemokratie besinnt sich über den politischen Mord. Sie hat aber von jeder den Märkenmord akzeptiert! Raum hatte der Redner dieses Wort ausgesprochen, als sich die sozialdemokratischen Abgeordneten von ihren Plätzen erhoben und den Redner unter Trommeln und heftigem Schreien am Rednerpult umringelten. Es bildete sich ein großer Kränzel. Die völkischen Abgeordneten stellten sich schützend vor ihren Parteiführer, der minutenlang inmitten des Kränzels stand. Dem Präsidenten gelang es, trotz aller Ruhe nicht, die Ruhe wiederherzustellen. Er verließ darauf den Saal, womit die Sitzung aufgeschoben war. Die Auseinandersetzungen zwischen den Völkischen und den Sozialdemokraten gingen weiter. Wiederholt war die Rede, daß persönliche Angriffe an befürchteten waren. Schließlich gelang es dem Vizepräsidenten der subalternen Parlamentarier, die Gruppen zu beruhigen. Man verlierte von dem völkischen Abg. Dr. Hub wiederholt förmlich, seine Rednerungen zurückzunehmen.

Um 10 Uhr konnte der Präsident die Sitzung wieder aufnehmen. Er erließ dem völkischen Abgeordneten Dr. Hub einen zweiten Ordnungsruf und verlangte eine Erklärung, wie er seine Vorwürfe gegenüber der Sozialdemokratie gemeint habe. Abg. Dr. Hub entgegnete, er habe seinem Mitglied des Hauses den Vorwurf der Billigung des Märkenmordes gemacht, stelle aber fest, daß das sozialdemokratische marxistische Prinzip den Märkenmord als einem Programmprinzip feinde. Die Sozialisten unterbrachen den Redner wiederholt und verlangten von ihm, daß er seine Vorwürfe gegenüber der Sozialdemokratie zurücknehme. Schließlich griff Präsident Köniakbauer einmischend ein. Auf seine Aufforderung erklärte Abgeordneter Hub, er habe mit seinen Darlegungen nur das sozialistische System und nicht die Sozialdemokratische Partei gemeint. Erneute heftige Zwischenrufe. Schließlich trat im Hause wieder Ruhe ein und der Redner konnte seine Ausführungen beenden.

Verhärterung der Geschäftsordnung für den bairischen Landtag.

München, 22. Juli. Veranlaßt durch den sozialdemokratischen Antrag, nach der Geschäftsordnungsänderung des Landtags heute eine Ergänzung der Geschäftsordnung zu beschließen, die die Geschäftsordnung des Landtags dahin verändere, daß der Austritt von einer Stelle des Präsidiums erfolgen soll, wenn sich das bisherige Stimmverhältnis der Parteien geändert hat. Wird dieser Antrag im Plenum angenommen, so geht das bisher mit dem völkischen Abgeordneten Dr. Huber besetzte Amt des 1. Vizepräsidenten auf die sozialdemokratische Fraktion über. Weiter beschloß der Ausschuss die Verhärterung der Bestimmungen über den Ausschluß von Mitgliedern bei gröblichen Störungen der Ordnung des Hauses. Der Ausschluß kann danach auf 8 bzw. bei Wiederholung eines Mißgebens, das Haus zu verlassen, auf 20 Sitzungstage automatisch eintreten. (S. 2.)

Die Londoner Beschlüsse im Auswärtigen Ausschuss.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
 Berlin, 22. Juli. Aus der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses wird mitgeteilt, daß die Reichsregierung noch keine Entscheidung über die Londoner Beschlüsse ausgesprochen hat, weil ihr diese amtlich überhaupt noch nicht mitgeteilt worden sind. Der Außenminister kürzete die scharfe Abgabe der offiziellen Organe dahin ein, daß alles von der Formulierung der Londoner Beschlüsse abhängen würde. Im übrigen würden die Ansprüche auf Deutschland und die Ausfuhr des Dawes-Gutachtens nicht mehr zu trennen sein. Der allgemeine Eindruck war der, daß ein unbefriedigter Teil der Reichsregierung äußerst schwer fallen würde. Der Erklärung des Außenministers folgte eine kurze Aussprache, die keine wesentlichen neuen Gesichtspunkte ergab.

Die Rhein- und Ruhrflüchtlinge beim Reichspräsidenten.

(Drahtmeldung aus der Berliner Schriftleitung.)
 Berlin, 22. Juli. Der Reichspräsident empfing heute die Vorsitzenden des Reichsverbandes der Angehörigen und Verdrängten von Rhein und Ruhr, die ihm die Notlage der Vertriebenen bei ihrer Rückkehr in die Heimat und besonders die Schwierigkeiten hinsichtlich der Unterbringung darlegten und Vorschläge zur Abhilfe unterbreiteten.

Die leitenden Angestellten gegen den Volksentscheid über den Achtstundentag.

(Durch Drahtdruck.)
 Berlin, 21. Juli. Wie dem V. L. V. von der Vereinigung der leitenden Angestellten mitgeteilt wird, lehnt diese einstimmig ab, den von den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden aller Richtungen gefassten Beschluß, einen Volksentscheid über die Frage des Achtstundentages herbeizuführen, beizutreten. Bei den wirtschaftlichen Kreisen, die der Tages-Bericht aufzählte, sei heute die Festlegung des Achtstundentages nicht diskutierbar.

Keine Unruhen in Bulgarien.

Das Königlich Bulgarische Generalkonsulat Dresden schreibt uns:
 „In den letzten Tagen sind durch die Presse unwahre Nachrichten über angebliche kommunistische und Bauernunruhen in Bulgarien verbreitet worden. Die von authentischer Seite mitgeteilt wird, sind diese Nachrichten, an denen auch nicht ein wahres Wort ist und welche den Zweck haben, Bulgarien außenpolitisch zu diskreditieren, die Folge einer planmäßig gegen Bulgarien organisierten Kampagne, die jedesmal ins Ziel geht, wenn eine Konferenz — sei es eine allgemeine, wie diejenige von London, oder wie die der kleinen Entente in Prag — tagt. In ganz Bulgarien wie auch in Sofia herrscht vollkommene Ruhe und die Regierung ist hart genug, um jede friedensverderbende Absicht der kommunistischen Partei, welche, wie überall, so auch in Bulgarien durch Geldmittel von Rosa Lu unterstützt wird, zu durchkreuzen.“

Nochmals der Standpunkt Amerikas.

Auskünfte eines Amerikaners an einen deutschen Pressevertreter.

(Sonderdruck von der Londoner Konferenz.)
 London, 22. Juli. Eine maßgebende amerikanische Persönlichkeit empfing heute den deutschen Vertreter der V. L. und legte ihm noch einmal den Standpunkt Amerikas in bezug auf den Dawes-Plan und die Londoner Konferenz eingehend dar. Er führte ungefähr folgendes aus:

Wir sind der zuversichtlichen Hoffnung, daß die Londoner Konferenz zu einem wirklichen Erfolg führen möge. Dazu ist es aber auch notwendig, daß in Deutschland gegen die Londoner Konferenz und den Dawes-Plan keine unangünstige Stimmung hervorgerufen wird. Es muß vermieden werden, daß durch falsche Presseäußerungen oder aus innerpolitischen Gründen gewisse Tatsachen nicht in ihrer wahren Bedeutung gewürdigt werden. Amerika würde es aufrichtig bedauern, wenn sich Deutschland zu den Voraussetzungen in London fähig einstellt. Um den Dawes-Plan in die Praxis umzusetzen, bedarf es allerorts, also auch in Deutschland, eines großen Quantums guten Willens. Amerika verlangt nicht von Deutschland, daß es über die zu leistenden Reparationszahlungen begehrt ist, aber Deutschland muß anerkennen, daß der Dawes-Plan und die Londoner Konferenz gegenüber der bisherigen Reparationspolitik einen großen Fortschritt bedeuten. Selbstverständlich sind im Dawes-Plan nicht alle deutschen Wünsche berücksichtigt worden. Er bringt aber auch viele Erleichterungen für Deutschland. Vor allem bietet er die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Lösung der schwierigen Probleme und ist der Beginn praktischer Arbeit in der Reparationsfrage.

Die jetzige Situation stellt sowohl Deutschland wie die Alliierten vor zwei Alternativen. Entweder wird der Dawes-Plan angenommen und durchgeführt, dann wird Deutschland gesund und seine Währung wird weiter stabil bleiben, oder der Dawes-Plan wird abgelehnt, und damit ist die wirtschaftliche Lösung der ganzen Frage unmöglich geworden.

Diese Unmöglichkeit der wirtschaftlichen Lösung wird eine neue Inflation in Deutschland zur Folge haben. Wir glauben nicht, daß Deutschland noch einmal eine neue Inflation ertragen kann.

Die Ablehnung des Dawes-Planes würde auch für Amerika ein Unglück sein, würde jedoch in erster Linie Deutschland treffen. Der Amerikaner kam dann auf die beiden Hauptaufgaben Amerikas bei der Lösung des Reparationsproblems zu sprechen. Amerikas erste Aufgabe sei, alles zu tun, was irgendwie dazu beitragen könne, die Annahme des Dawes-Planes durch die Alliierten herbeizuführen. Die zweite Aufgabe sei, die tatsächliche Ausführung des Planes zu beschleunigen, und insbesondere die Rückzahlung eines beträchtlichen Teiles der Anleihe zu übernehmen. Diese Aufgabe sei keine Angelegenheit der Regierung, denn die Rechnung werde durch Bürger der Vereinigten Staaten erfolgen, und die amerikanische Regierung werde ihnen keinerlei Rat geben oder ihnen Garantien bieten. Der Amerikaner sprach weiter vom amerikanischen Vertreter. Dieser sollte nicht am Konferenztag, hätte auch keinen offiziellen Titel und keinen Namen, sei aber doch für die Lösung des Reparationsproblems von großer Bedeutung. Um Amerika zufriedenzustellen, bedürfte es weit

mehr als einer einfachen Kompromißlösung zwischen den Nationen. Es bedarf dringend einer Zusammenkunft aller Nationen. Soweit die Alliierten in Frage kommen, müßten ihre Abkommen einen dauerhaften Charakter haben.

Unter keinen Umständen dürften unangenehme Aktionen durch irgendeine Macht vorgenommen werden, denn diese würden wieder das mühsam hergestellte Gleichgewicht der Dinge zerstören. Amerika wünsche dringend die Herbeiführung geordneter und dauerhafter Zustände in Europa.

Amerika verlange aber auch von Deutschland Verlässlichkeit zur Durchführung des Dawes-Planes und zur Uebernahme der ihm auferlegten Lasten. Amerika sei durchaus hoffnungsvoll und glaube an einen günstigen Verlauf der Londoner Konferenz, denn auf allen Seiten scheine das Verlangen nach einer vernünftigen und wirtschaftlichen Lösung der Reparationsfrage sehr stark zu sein.

Theunis versucht zwischen den Bankiers und Frankreich zu vermitteln.

Paris, 22. Juli. Ueber die Einzelheiten der gestern gegebenen Verhandlungen berichtet der Londoner Sonderberichterstatter des „Quotidien“, der der unmittelbaren Umgebung nahesteht. Theunis habe gestern abend folgende Formel in Vorlesung gebracht:

Wenn Deutschland eine Verletzung begeht, werde die Repro ihre Vollmachten einem Ausschuss von fünf Sachverständigen übertragen, die sie selbst unter den 15 dem Komitee Dawes und Mac Kenna angehörenden Sachverständigen auswählt.

Dagegen hat Herriot eingewendet, daß diese Lösung darauf hinausläuft, der Repro die Rechte zu nehmen, die der Verfallener Vertrag ihr zuerkennt hat. Gestern nachmittag sei es den Finanzministern und Bankiers gelungen, neue Bestimmungen in den Grundrissen festzulegen. Bevor die Repro eine formale Verletzung feststellt, wird sie ein Komitee zu Rate ziehen, dessen Einigung Theunis vorgeschlagen hat. Was die Stellungnahme des Generalagenten für die Reparationszahlungen anbelangt, so wäre es für die Repro nicht mehr möglich, hier einzugreifen. Theunis hat ferner auf Sanktionsfrage Vorschläge gemacht, in denen zum Teil die Anregungen eines amerikanischen Sachverständigen enthalten seien. Die Regierungen werden in ihrem Protokoll ein zweites ebenfalls aus fünf Mitgliedern des ehemaligen Komitees Dawes und Mac Kenna zusammengefügtes Komitee ernennen, das, solange die internationale Anleihe nicht fertig ist, die Art der Sanktionen bestimmen wird. Es fragt sich, ob die englischen und amerikanischen Bankiers diese Bestimmungen als befriedigend erachten werden. (S. 2.)

Deutschalliierte Schlichtungsanstalt in Eisenbahnfragen.

(Durch Drahtdruck.)
 London, 22. Juli. „Daily Telegraph“ zufolge ist in der abgeordneten Deutschrift des zivilen Unter Ausschusses der zweiten Kommission als Organ, das für einmalige Streitigkeiten beim Übergang von der alten zur neuen Ordnung entscheiden soll, ein deutsch-alliiertes Ausschuss bezeichnet worden, der seinen Sitz in Düsseldorf haben wird. (S. 2.)